

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	12
		TOP:	7
	Verhandlung	Drucksache:	17/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	05.02.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Kappallo / de		
Betreff:	Anpassung der Förderung von Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen Sachbeschluss zur Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse 2018/2019		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 12.01.2018, GRDRs 17/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Förderung eines Stellenanteils von 50 % für Leitung bei der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, rückwirkend zum 01.01.2018, sowie der Erhöhung der Förderquote für Personalkosten um rund 2,5 % wird zugestimmt. Der zu erbringende Eigenanteil des Trägers wird von bislang 10 % auf 7,5 % reduziert.
2. Den Grundsätzen für die Förderung von Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen (gültig ab 01.01.2018) wird zugestimmt (Anlage 1).
3. Mit Inkrafttreten der oben genannten Fördergrundsätze werden die bislang geltenden Fördergrundsätze gegenstandslos.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die Vorsitzende geht auf die Förderung von Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen ein und berichtet von einer Zweistufigkeit des Verfahrens. Zunächst sollen die Fördergrundsätze im Interesse der freien Träger angepasst werden. Im zweiten Schritt werde ein Vorschlag über die Verteilung der Schulsozialarbeit an Stuttgarter Schulen unterbreitet. StRin Ripsam (CDU) weist in diesem Zusammenhang auf einen Stellenausbau von 23 Stellen hin. Darüber hinaus sei die Reduzierung des zu erbringenden Eigenanteils von 10 % auf 7,5 % im Haushalt beschlossen worden. Zu der Erhöhung der Förderquote für die Personalkosten um 2,5 % äußert sich Herr Kelle positiv. Der Ausbau werde von den freien Trägern mitgetragen. Ergänzend bemerkt Herr Gerstlauer, die ursprüngliche Absicht, Eigenmittel nicht zu verwenden, sei damit obsolet. Er bittet die Verwaltung, bei der Ermittlung der Schulstandorte bestehende Vertragsverhältnisse zu berücksichtigen. Dies sagt BMin Fezer zu.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Kappallo / de

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (27)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
OB-KB
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN